

Fraktion GAL & Unabhängige

Presseerklärung

Stürzen CDU und SPD Pinneberg ins absolute Finanzchaos? 120 Millionen Schuldengrenze bald erreicht!

CDU und SPD haben jüngst den Grundsatzbeschluss zur Umgestaltung der Pinneberger Innenstadt in trauter Eintracht gefasst. In der Presse wird die Bürgermeisterin im Zusammenhang mit der Verlagerung des Sonnabend-Wochenmarkts zitiert: „Ich gehe davon aus, dass das Geld kosten wird.“ Welch überraschende Erkenntnis! Die Bürgermeisterin hat es jedoch versäumt, die Politikerinnen und Politiker von CDU und SPD pflichtgemäß darauf hinzuweisen, dass die Stadtkasse seit Jahren leer ist, und der Kämmerer seit 2001 nicht ausgeglichene Haushalte vorlegt.

Im diesjährigen Haushalt sind die Ausgaben um ca. 10,8 Mio. € höher als die Einnahmen. Für den Haushaltsentwurf 2011 meldete die Presse aktuell: „Das 11,5-Millionen-Loch: Eine Stadt geht am Stock.“

Es ist damit zu rechnen, dass auch in Zukunft in jedem Jahr rd. 10 Mio. € fehlen werden, wenn sich nichts Grundlegendes ändert.

Die Schulden steigen seit Jahren dramatisch, derzeit belaufen sie sich bereits auf rd. 70 Mio. €.

Bis 2014 rechnet die Stadt mit einer Gesamtverschuldung in Höhe von rd. 120 Mio. € .

Pinneberg hat nicht nur Kreditschulden, sondern nimmt auch dauerhaft Kassenkredite (Überziehungskredite) in Anspruch, um die laufenden Ausgaben (z. B. Gehälter, Sachkosten usw.) bezahlen zu können.

Für diese hohe Gesamtverschuldung waren 2009 2,4 Mio. € an Zinsen zu zahlen, deren Höhe in den Folgejahren erheblich ansteigen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seit längerem ein niedriges Zinsniveau herrscht. Sollte es wieder eine Hochzinsphase geben, würden die Zinsaufwendungen dramatisch ansteigen. Diese Millionenbeträge würden der Stadt für dringend benötigte Ausgaben fehlen, z. B. für Schulen, Kindergärten, Sport, Kultur, Sanierung von Straßen usw.

Diese Zahlen sind auch CDU und SPD bekannt. Warum ignorieren sie diese dann?

Warum beschließen sie mit dem Grundsatzbeschluss zum Innenstadtentwicklungskonzept Maßnahmen, die die Verschuldung noch weiter in die Höhe treiben werden, obwohl die Stadt seit langem faktisch zahlungsunfähig ist?

CDU und SPD haben seit etwa 1990 gemeinsam die Verschuldung der Stadt in die Höhe getrieben durch zu hohe Investitionen, die sich die bis dahin finanziell gesunde Stadt nicht leisten konnte. Zum Beispiel hat die Rathaussanierung und -erweiterung die Schulden um ca. 15 Mio. € erhöht, da die Einnahmen der Stadt bei weitem nicht ausreichten.

Diese Schuldenpolitik ist von den beiden großen Parteien konsequent weiter betrieben worden, obwohl der Landesrechnungshof dieses immer wieder rügte.

Bereits 1992 warnte er: „Überproportional wachsen vor allem die Zinsen... weitere Verschuldung beträchtlich verringern...“.

In seinen Berichten 1997 („unerlässlich, Neuverschuldung zu verringern..“) und 2005 („Mit großer Sorge muss die die Entwicklung der Verschuldung gesehen werden... die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt ist nicht mehr gegeben...“) warnte der Rechnungshof eindringlich: Die Stadt müsse Risiken und mögliche Fehlentscheidungen vermeiden. Dies gelte insbesondere für Investitionsentscheidungen mit der dadurch einhergehenden Verschuldung durch laufenden Zins- und Tilgungsdienst.

All diese seit Jahren massiv vorgetragenen Warnungen des Landesrechnungshofs haben CDU und SPD bis heute nicht dazu veranlasst, mit ihren übermächtigen Mehrheiten in den Ratsversammlungen ein Konzept vorzulegen mit dem Ziel, Schulden abzubauen und für ausgeglichene Haushalte zu sorgen. Dieses Entschuldungskonzept fehlt bis heute.

Stattdessen stellen Verwaltung, CDU und SPD jetzt für den Umbau der gesamten Innenstadt ein Konzept vor, das die Verschuldung in neue Dimensionen hoch treiben wird.

In den aktuellen SPD-Rosenblättern lautet das Finanzierungskonzept von Herrn Thomssen, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses, wie folgt: „Wir gehen bis an die finanzielle Schmerzgrenze und eigentlich noch darüber hinaus...“.

Der SPD scheint die mehr als dramatische Entwicklung der Verschuldung in Pinneberg nicht bewusst zu sein. Die „finanzielle Schmerzgrenze“ ist bereits 1990 überschritten worden, es wurde nur noch auf Pump gelebt.

Das Argument, man müsse möglichst viele Fördergelder abrufen, ist für finanziell gesunde Kommunen sicher zutreffend, bei einer total überschuldeten Gemeinde ist es jedoch kritisch zu sehen, weil sie immer einen Eigenanteil an der jeweiligen Investitionsmaßnahme selbst tragen muss. Dies treibt die Schulden noch weiter nach oben.

Von der CDU ist hinsichtlich der Finanzierung des Innenstadtentwicklungskonzepts überhaupt kein Finanzierungsplan bekannt.

Die Bürgermeisterin ist der Meinung, Pinneberg habe ein Einnahmeproblem, dies ist nur zum Teil richtig. Wie oben dargestellt, hatte Pinneberg in den letzten 20 Jahren ein massives Ausgabeproblem (zu hohe Investitionen), das sich jetzt zu einem handfesten Verschuldungsproblem entwickelt hat. Einnahmeprobleme durch rückläufige Steuereinnahmen haben derzeit fast alle Kommunen.

Vor dem oben geschilderten Verschuldungsszenario verbietet es sich aus unserer Sicht ein Innenstadtentwicklungskonzept zu realisieren, das wir nur als großenwahnsinnig bezeichnen können. Praktisch die gesamte Innenstadt soll umgekrempelt werden. Märkte sollen verlagert, Plätze (Drostei und Rathaus) umgebaut werden, die Hauptverkehrsader Pinnebergs (Friedrich-Ebert-Straße) teilweise um den jetzigen Marktplatz herumgeleitet werden, wobei auch eine neue Brücke über die Pinnau gebaut werden müsste. Konkrete Kostenschätzungen der Gesamtmaßnahme liegen noch nicht vor, sie dürften aber im hohen zweistelligen Millionenbereich liegen.

Diese geplanten Maßnahmen sollen im Wesentlichen dazu dienen auf dem Marktplatz einen Elektronikmarkt, einen Edeka-Lebensmittelmarkt und eine Textilhandelskette anzusiedeln. Die SPD hat sich offensichtlich auf den Investor May festgelegt, ohne andere Alternativen zu prüfen. Welche Pläne die CDU hat, ist bisher unbekannt. Es wird niemand ernsthaft glauben, dass diese Maßnahmen zu sprudelnden Steuereinnahmen führen werden, mit denen der Stadt ein Entkommen aus der Schuldenfalle gelingen wird.

Wir stehen voll hinter der Forderung der Wirtschaftsgemeinschaft, die sich vehement gegen die „Neue Mitte“ auf dem Marktplatz ausgesprochen hat. Die Wirtschaftsgemeinschaft sieht die „Mitte“ weiterhin im Bereich der Drostei und den angrenzenden Straßen.

Wir halten es für einen Skandal, dass CDU und SPD sich auf die Seite der Verwaltung stellen,

die in Pinneberg die Richtlinien der Stadtentwicklungspolitik vorgibt. Damit stellen die beiden großen Parteien sich eindeutig gegen die Interessen der Mehrheit der Pinneberger Kaufleute und sicher auch große Teile der Bevölkerung.

Wir halten diese Pläne mit der Folge einer weiteren dramatischen Erhöhung der Verschuldung auch im Hinblick auf nachfolgende Generationen, die diese Schulden letztlich werden bezahlen müssen, für unverantwortlich. Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger über diese unheilvolle Entwicklung aufzuklären und sie zu veranlassen, sich aktiv an der Verhinderung von Maßnahmen zu beteiligen, die die finanzielle Lage der Stadt weiter drastisch verschlechtern werden.

Der GAL wird häufig vorgeworfen Verhinderungspolitik zu betreiben, aber keine konstruktiven Vorschläge zu machen. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir haben nach der Kommunalwahl umgehend untersucht, wie es in den letzten 20 Jahren zu der dramatischen Verschuldung in Pinneberg kommen konnte. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse haben wir vor fast zwei Jahren einen umfangreichen Vorschlag gemacht, in welchen Schritten die Verschuldung der Stadt abgebaut und das Ziel ausgeglichener Haushalte erreicht werden könnte, leider ohne Resonanz von den anderen Parteien.

Wir sehen sehr wohl, dass in dem Innenstadtentwicklungskonzept auch viele kleine für Pinneberg vorteilhafte Maßnahmen enthalten sind, die man diskutieren sollte, und die ohne große Investitionen realisierbar wären.

Wir glauben nicht, dass mit der Ansiedlung einiger größerer Märkte auf dem Marktplatz Pinnebergs Finanzprobleme gelöst werden könnten. Wir halten es für vielversprechender, dem Konzept der Wirtschaftsgemeinschaft zu folgen und die Innenstadt wieder attraktiver zu machen.

Hierfür ist Kreativität angesagt. Auch muss die Bevölkerung regelmäßig in geeigneten Foren zur Mitarbeit aufgefordert werden; denn eins wird in Gesprächen vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder deutlich: Sie wollen eine attraktivere Innenstadt, sie wollen den Marktplatz am jetzigen Standort behalten, und sie wollen keine unbezahlbaren Mammutprojekte zu Lasten zukünftiger Generationen.

Für die Fraktion GAL & Unabhängige

Manfred von Bergner